

MOTION von Adrian Bergmann (SVP, Meilen), Werner Bosshard (SVP, Rümlang) und Ueli Kübler (SVP, Männedorf)

betreffend gegen eine Einschränkung der Gewerbefreiheit - für eine massvolle Verkehrserschliessung

Der Regierungsrat wird zu folgender Gesetzesänderung eingeladen:
Das Planungs- und Baugesetz (PBG), insbesondere § 237 sei so anzupassen, dass die Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr nicht mehr zwingend gewährleistet sein muss, sondern entsprechend den Möglichkeiten des öffentlichen Verkehrs anzustreben ist.

Adrian Bergmann
Werner Bosshard
Ueli Kübler

Begründung:

Der Regierungsrat hat unter Berücksichtigung der Gerichtspraxis den Rekurs des VCS gegen den von der Migros Ostschweiz geplanten OBI-Baumarkt in Winterthur-Grüze gutgeheissen und die Baubewilligung aufgehoben.

Begründet wurde der Entscheid unter anderem damit, „dass die Voraussetzungen die das kantonale Recht an die Erschliessung mit öffentlichem Verkehr stellt, nicht erfüllt sind.“

Dies, obwohl bereits die Buslinien 5 und 9 der Winterthurer Verkehrsbetriebe eine Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglichen.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Zürich im heutigen sich schnell verändernden Umfeld darf nicht absolut an die öV-Erschliessung gekoppelt werden. Der Entscheid hat auch zur Folge, dass dem Kunden die Wahl des Verkehrsmittels letztendlich vorgeschrieben würde. Damit ergäbe sich eine schwerwiegende Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit, was klar der Bundesverfassung widerspricht.